



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE POLITISCHE SZENE NACH DEN WAHLEN 2019

■ ANALYSE	
Die Parteien nach den Parlamentswahlen. Die politische Szene sortiert sich neu Jarosław Flis, Jagiellonen-Universität, Krakau	2
■ UMFRAGE	
Einstellungen zu Parlament, Regierung, Parteien und Präsident	7
■ DOKUMENTATION	
Wahlergebnis für Präsident Andrzej Duda, 2015	15
■ CHRONIK	
4. – 17. Februar 2020	15

Die Parteien nach den Parlamentswahlen. Die politische Szene sortiert sich neu

Jarosław Flis, Jagiellonen-Universität, Krakau

Zusammenfassung

Die Wahlen im Jahr 2019 zum Parlament der Republik Polen (Sejm und Senat) und zum Europäischen Parlament scheinen die politische Lage in Polen eindeutig entschieden zu haben. Allerdings kann es infolge der Präsidentenwahlen im Mai 2020 zu einer politischen Wende kommen. Zwar wurden sie bisher eher als Epilog des innenpolitischen Ringens behandelt, dessen Höhepunkt die Sejmwahlen im Herbst 2019 waren. Aber aus der Nähe betrachtet scheint der Ausgang der Präsidentenwahlen keineswegs vorherbestimmt zu sein.

Prolog und Entscheidung

Den Parlamentswahlen in Polen im Oktober 2019 ging ein europäischer Prolog voraus. Bei der Wahl des Europäischen Parlaments im Mai 2019 erlangte die Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) mit 45,38 % einen – sie selbst überraschenden – Sieg. Ergebnisse deutlich unter den Erwartungen (38,47 %) zeitigte dagegen der Versuch der Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*), der Polnischen Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) und der Demokratischen Linksallianz (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*), ihre Kräfte mit weiteren Parteien im Wahlbündnis Europäische Koalition (*Koalicja Europejska*) zu bündeln. Ebenfalls schlechter als erwartet fiel die neue linke Initiative Frühling (*Wiosna*) in diesem Ringen aus (6,06 %) sowie auch mit 4,55 % die Konföderation (*Konfederacja*). Letztere ist ebenfalls ein Vereinigungsversuch, und zwar der radikalsten und am stärksten gegen das Establishment ausgerichteten Gruppierungen der konservativen Liberalen und der rechtsnationalen Bewegung. Außerdem bestätigte sich die schwindende Bedeutung der eher gemäßigten Anti-Establishment Gruppierung *Kukiz '15* (3,69 %).

Das Ergebnis der Europawahl war das Resultat einer schwierigen Lektion in Demut, die für die regierende *PiS* aus den Selbstverwaltungswahlen 2018 resultierte. Während die Wahl des Europäischen Parlaments eine deutliche Erschütterung für die Opposition bedeutete, hob sie bei der *PiS* die frustrierenden Erfahrungen der Selbstverwaltungswahlen auf, stärkte ihr Vertrauen in die eigenen Kräfte und weckte ihre Erwartungen.

Die Opposition vollzog vor den Parlamentswahlen in Polen in der Sommerpause eine Umgruppierung, die nicht von jedem mit dem gleichen Enthusiasmus begrüßt und als Selbstverständlichkeit betrachtet wurde. Das Ergebnis war die Rückkehr auf die alten Gleise, die von den gut verwurzelten Parteien geprägt worden waren; die jüngeren Gruppierungen zogen mit. So kam es, dass die drei ältesten Oppositionsparteien, die *PO*, die *SLD* und die *PSL*, unter ihre Standarten fünf verschiedene Ini-

tiativen zogen, die in den vergangenen fünf Jahren auf der politischen Bühne durchgehalten hatten. Trotz dieser Umgruppierung gelang es der Opposition nicht, die *PiS*-Regierung in den Sejmwahlen im Oktober 2019 zu Fall zu bringen. Auch wenn die drei miteinander kooperierenden Oppositionsparteien insgesamt mehr Stimmen erhielten als die regierende *PiS*, garantierte ihnen dies nicht die parlamentarische Mehrheit im Sejm, was auf die Wahlordnung und die Mandatsverteilung nach der d'Hondtschen Methode in 41 Wahlkreisen zurückzuführen ist.

Am Machterhalt der regierenden Partei hatte jedoch auch die personelle Schwäche der größten Oppositionspartei, der Bürgerplattform, ihren Anteil, die trotz der verlorenen Europawahlen Grzegorz Schetyna auf der Führungsposition beließ. Als Behelfsmittel erwies sich die Nominierung von Małgorzata Kidawa-Błońska als Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin bei den Parlamentswahlen. Ihre Kandidatur rief keine Begeisterung hervor, vielmehr führte sie zu weiteren Konfusionen. Aus nicht näher vermittelten Gründen nahm sie nicht an Wahlkampfdebatten teil und wurde von *PO*-Politikern der hinteren Reihen vertreten. Es entstand der Eindruck, dass sich die *PO* davor fürchtet, sie auf die Probe zu stellen, zumal unter den erschwerten Bedingungen des Wahlkampfs.

So erreichte die *PiS* einerseits einen zuvor noch nicht gekannten Erfolg, indem sie die absolute Mehrheit im Sejm und ein sehr gutes Wahlergebnis bei enormer Mobilisierung der Wähler erlangte. Die Wahlbeteiligung überstieg 60 % und lag damit um ein Fünftel höher als die durchschnittliche Wahlbeteiligung der drei letzten Sejmwahlen. Andererseits war schon am Wahlabend die Enttäuschung bei *PiS*-Parteichef Jarosław Kaczyński und in der Partei selbst sichtbar. Hier kamen verschiedene Ursachen zusammen.

Die Belastung der *PiS* mit zahlreichen Affären und ihre augenscheinliche Übertreibung beim Auflegen sozialer Programme führten dazu, dass noch eine fünfte Gruppierung in den Sejm einzog, die Konföderation. Diese greift die *PiS* aus einer radikaleren Posi-

tion in Identitätsfragen an und zeigt gleichzeitig eine stark marktorientierte Haltung, wenn sie die Sozialprogramme der *PiS* sehr viel deutlicher kritisiert als der Rest der Opposition.

Als Spielverderber erwies sich auch die *PSL*, der in der Hälfte der Wahlperiode viele den politischen Tod prognostiziert hatten. Über ihre Wiedergeburt hat auch mitentschieden, dass sich diese alte Partei (mit ihrer über einhundertjährigen Verwurzelung in der Bauernbewegung und ihrer Identifizierung mit dem lokalen Establishment, aber auch mit personellen Verflechtungen mit dem zusammengebrochenen kommunistischen Regime) im Rahmen der Umgruppierung in der Sommerpause mit der Anti-Establishment-Bewegung von Paweł Kukiz zusammentat. Das Potential der *Kukiz*-Bewegung selbst scheint bereits zu gering gewesen zu sein, als dass sie in der Politik selbständig etwas hätte erreichen können. Sie hätte aber der *PSL* als einer Partei schaden können, die sich auf dieselben Wähler stützt, insbesondere auf die, die sich von den ausgeprägt kampflustigen Strömungen in der Opposition distanzieren, aber auch kritisch gegenüber dem Regierungslager eingestellt sind. Trotz schwacher Ergebnisse in den Meinungsumfragen erzielte das Bündnis ganze 9%. Besonders deutlich waren der Gewinn in der städtischen Wählerschaft sowie die Aufrechterhaltung der stabilen Position auf dem Land. Die regierende *PiS*, die gehofft hatte, die Wähler von *Kukiz '15* zu übernehmen und die Bauernpartei politisch zunichte zu machen, hatte hier einen weiteren Grund zur Frustration.

Außerdem erzielten die beiden kleineren Bündnispartner der *PiS*, die Verständigung von Jarosław Gowin (*Porozumienie Jarosława Gowina*) und Solidarisches Polen (*Solidarna Polska*) des Justizministers Zbigniew Ziobro, einen deutlichen Erfolg, womit die Hoffnung der Hauptströmung in der *PiS* erlosch, dass sie nicht länger mit diesen beiden rechnen müsse.

Der stärkste Grund für die Frustration der *PiS* war allerdings das Ergebnis der Senatswahl, der zweiten Parlamentskammer. Hier hat die Opposition die meisten Mandate erhalten. Trotz Befürchtungen, dass die Mehrheit gekapert wird, indem einzelne Senatoren auf die andere Seite gezogen werden, fand nichts dergleichen statt. Die oppositionelle Mehrheit im Senat wählte Tomasz Grodzki (*PO*) zum Senatsmarschall, der formal die dritt wichtigste Person im Staat ist. Zwar hat er keine Kompetenzen, die die Umsetzung der Pläne der Mehrheit im Sejm unmöglich machen könnten, aber dennoch ist diese Situation weit von dem Komfort entfernt, den die *PiS* in der letzten Wahlperiode genoss. Der Senat ist zwar nicht in der Lage, die Vorhaben der parlamentarischen Mehrheit wirksam zu blockieren, aber er kann sie verzögern. Außerdem kann er verhindern, dass Debatten über Gesetzentwürfe beschränkt werden, was in der letzten Legislaturperiode der Fall war.

Das aktuelle Kräfteverhältnis ist jedoch nicht für die gesamte Wahlperiode festgelegt, da im Mai 2020 noch die beiden Wahlgänge der Präsidentenwahlen anstehen. Diese finden in einem anderen Zyklus statt als die Parlamentswahlen, die über die Zusammensetzung der Regierung entscheiden. Der Präsident besitzt ein Veto-recht und kann strategische Schachzüge der Regierung wirksam lähmen. In der aktuellen politischen Situation in Polen gewinnen diese Kompetenzen besondere Bedeutung im Bereich der Justiz, der kurz nach den Wahlen zu dem wichtigsten politischen Schlachtfeld wurde.

Auf den Gleisen ins Ungewisse

Die Konfrontation auf dem Feld des Justizwesens ist nicht nur außerordentlich schädlich für das politische System in Polen, sondern auch in ihrem Ergebnis vollkommen unvorhersehbar. Einerseits erfordert die polnische Justiz nach landläufiger Meinung Korrekturen, und dieses Thema anzugehen, wird von der öffentlichen Meinung unterstützt, die dem polnischen Gerichtswesen skeptisch gegenübersteht. Andererseits ruft es bei niemandem Begeisterung hervor, wie die parlamentarische Mehrheit hier konkret vorgeht. Auf Seiten der Opposition gibt es praktisch niemanden, der die eingeleiteten Maßnahmen unterstützen würde (auch wenn er die Justiz in ihrer aktuellen Ausprägung kritisch sieht). Auch im Regierungslager fehlt es nicht an mehr oder weniger deutlichen Stimmen, dass die angewandte Strategie zu keinen Lösungen führen werde. Der kampflustigste Teil der Regierungsunterstützer, mit engagierten Tageszeitungen an der Spitze, erfreut sich an dem Konflikt mit dem Justiz-Establishment, aber das ist ein sehr schwaches Argument für die vorgeschlagenen und bereits eingeführten Reformen.

In den letzten vier Jahren war es nicht gelungen, in den Gerichten etwas anderes zu erreichen als Konflikte und Chaos. Die regierende Mehrheit hat nun einen deutlich größeren Einfluss auf die Besetzung der Richterposten, insbesondere in den leitenden Funktionen. Der Preis dafür ist allerdings die permanente Auseinandersetzung mit den europäischen Institutionen und dass die Mehrheit der Richter miteinander im Konflikt steht (was sogar Personen betrifft, die vorher für *PiS*-Sympathisanten gehalten bzw. zumindest nicht generell zu ihren Gegnern gezählt wurden). Außerdem führen juristische Interessengruppen in dem Bewusstsein der Unterstützung von Seiten der europäischen Institutionen mit allen Mitteln einen entschlossenen Kampf gegen die von der regierenden Partei forcierten Lösungen. Aufgrund dieser Gemengelage denkt die *PiS* nicht daran, irgendein Zugeständnis zu machen, und verfolgt die allerhärteste Linie, wobei sie von Präsident Andrzej Duda unterstützt wird. Angesichts der bevorstehenden Präsidentenwahlen scheint dies eine recht seltsame Strategie zu sein.

Im Regierungslager herrscht die Überzeugung vom unvermeidlichen Sieg Andrzej Dudas. Für dieses Szenario spricht eine ganze Reihe von Faktoren, insbesondere aber, dass Präsident Duda einen deutlichen Vorsprung in den aktuellen Meinungsumfragen hat. Die Opposition ist zerfasert und ihren Präsidentschaftskandidaten fehlt entweder die Entschlossenheit oder die Erfahrung, oder aber ihre Unterstützerbasis ist deutlich begrenzt. Zusätzlich gibt die ganze politische Maschinerie – die Aktivisten, die sozialen Medien und die Kontrolle der öffentlichen Medien – der regierenden Partei außerordentlichen Rückhalt. Auch der Präsident ist sehr aktiv, fährt Polen längs und quer ab und wird überall herzlich empfangen. Es ist zu vermuten, dass die Teilnehmer dieser Auftritte vor allem *PiS*-Anhänger sind, trotz vorangegangener zwar nicht zahlreicher, aber sichtbarer Konflikte zwischen Duda und der Partei.

Dies sind wesentliche Argumente und würde man hier einen Punkt setzen, ließen sich die Ergebnisse für die Präsidentschaftswahlen als schon vorhergesagt abhaken. Es mangelt aber auch nicht an Argumenten, die ein anderes Ergebnis nahelegen und das für die *PiS* optimistische Szenario in Frage stellen. Vor allem die Abstimmung in zwei Wahlgängen bewirkt, dass der Größenunterschied der Unterstützung für den ersten und den zweiten Kandidaten im ersten Wahlgang das endgültige Ergebnis des Wahlausgangs keineswegs vorwegnimmt. Die Wahl in zwei Schritten erfordert den Zusammenschluss der Opposition und ihre Sammlung um einen Kandidaten. Der Wahltermin im politischen Kalender (die Selbstverwaltungswahlen als die nächsten regulären Wahlen finden erst 2022 statt) könnte die Wähler der Opposition stärker mobilisieren als die Anhänger der regierenden *PiS*. In dieser Hinsicht erinnert die Situation in Polen an die amerikanischen *midterms*, in denen es der regierenden Partei gewöhnlich schlechter ergeht als der Opposition.

Eine weitere Warnung sind die Ergebnisse der Senatswahlen im Oktober 2019. Ein Grund für den Erfolg der Opposition war, dass man sich in einem großen Teil der Wahlkreise auf gemeinsame Kandidaten geeignet hatte; insofern besteht hier eine Ähnlichkeit zu dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen, in dem jeder Wähler nur zwischen dem Kandidaten des Regierungslagers und dem der Opposition wählen muss. Wenn man das Ergebnis der Wahlkreise mit zwei Kandidaten auf das ganze Land überträgt, zeigt sich, dass die regierende Partei mit 47,5 % der Wähler rechnen kann, die Opposition dagegen mit 52,5 %. Dies würde auf den erwartbaren Erfolg der Opposition im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen hindeuten.

Schließlich noch ein letztes Argument, das vielleicht am wenigsten sachbezogen ist, aber dafür die Vorstellungskraft anspricht. Genau so einen Vorsprung, wie ihn

heute Andrzej Duda hat, hatte vor fünf Jahren der damalige Präsident Bronisław Komorowski aus den Reihen der *PO*. Er war ebenfalls davon überzeugt, dass sein Sieg selbstverständlich sei und die Konkurrenz viele Schwächen habe, und ähnlich wie jetzt herrschte im damaligen *PO-PSL*-Regierungslager die Überzeugung, dass auch eine geringe Mobilisierung der Unterstützer ausreichen würde, um den Sieg im ersten Wahlgang zu holen. Der Unterschied zu heute ist nur, dass jetzt bereits bekannt ist, wie die ganze Geschichte damals ausging.

Die Position der *PiS* vor den Präsidentschaftswahlen

Eine ganz wesentliche Rolle für Andrzej Dudas Chancen spielt die Situation innerhalb der *PiS*. Wenn er auch formal das Staatsoberhaupt ist, ist er bei der Bewerbung um die Wiederwahl doch vollkommen von seiner Partei abhängig, sei es finanziell oder organisatorisch. Nichts jedoch weist darauf hin, dass die führenden Köpfe des Regierungslagers seine Interessen so sehr berücksichtigen werden, wie er ihre Interessen berücksichtigt. Seine Position wird durch eine gewisse stabile Schwäche charakterisiert. Theoretisch könnte sie nach seinem Wahlsieg im Jahr 2015 deutlich stärker sein, als sie tatsächlich ist. Einerseits waren das seine Entscheidung sowie seine Loyalität gegenüber seinem politischen Lager. Weder hatte er eigene Ideen für konkrete Aktivitäten noch war er imstande, Menschen um sich zu versammeln, die solche Ideen gehabt hätten.

Hinter seiner zweitrangigen Position stehen andererseits aber auch die persönliche Einstellung und das Handeln Jarosław Kaczyńskis, der große Anstrengungen unternahm, die Position Dudas zu beschneiden. Dies ging nicht so weit wie einst im Falle der damaligen Ministerpräsidentin aus den Reihen der *PiS*, Beata Szydło, die in der Landespolitik vollständig isoliert war. Präsident Duda ist kraft seines Amtes davor geschützt, jedoch ist seine persönliche Position im Regierungslager schwächer als die von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Justizminister Zbigniew Ziobro oder Wissenschaftsminister Jarosław Gowin. Hinzu kommt die ins Wanken geratene Haltung des Präsidenten selbst. Vor zwei Jahren stellte er sich als Repräsentant des gemäßigten Flügels der *PiS* dar. Heute äußert er sich bei seinen zahlreichen Auftritten vor Parteiaktivisten im ganzen Land in einer Weise, die genau zur Hauptströmung der *PiS* und ihren radikalen Positionen passt. Dem Präsidenten würde es mehr dienen, wenn das Regierungslager seine Politik an die Erklärungen von Ministerpräsident Morawiecki in seinem Exposé vom Herbst 2019 anpassen würde, in dem sich dieser in allen möglichen Formen auf die »Normalität« berief. Dessen Äußerungen werden durch die Logik, wie die *PiS* funktioniert, zunichte gemacht, nämlich durch die Unterordnung unter Jarosław Kaczyńskis Vision der Wirklichkeit,

durch dessen Bedürfnis nach persönlicher Kontrolle und sein haltloses Streben nach Konflikten sowie durch die Genugtuung aufgrund des Widerstands der als feindlich erachteten Kräfte. Es scheint, dass im Falle der *PiS* ein Bestandteil der vom Ministerpräsidenten so unterstrichenen Normalität das Bedürfnis ist, Konflikte aufrechtzuerhalten und sich deutlich von der anderen Seite zu unterscheiden. Vielleicht wäre das sinnvoll, wenn das Regierungslager eine so vernichtende Mehrheit über die Opposition hätte, wie es in Ungarn der Fall ist. In Polen sieht es indessen anders aus und dies wird immer offensichtlicher. In dieser Konstellation kann das Anheizen von Konflikten eine Niederlage in den Wahlen heraufbeschwören, bei denen es der Opposition nicht um eine so große Ausdifferenzierung geht wie üblicherweise bei Parlamentswahlen.

Das Kaleidoskop der Kandidaturen

Die Präsidentschaftskandidaten der Opposition sind bereits alle bekannt. Der schwächste von ihnen ist Krzysztof Bosak, Kandidat der Konföderation. Diese Kandidatur hat ganz klar überhaupt keine Chancen, in den zweiten Wahlgang zu kommen, vom Sieg ganz zu schweigen. Sie dient allein dazu, die Präsenz dieser Partei zu unterstreichen. Gleichzeitig zeigen anonyme Kommentare aus den Reihen der Regierungspartei, dass Andrzej Duda vor dem zweiten Wahlgang um diese rechtsgerichteten Wähler kämpfen will.

Andrzej Dudas wichtigste Gegnerin ist Małgorzata Kidawa-Błońska von der *PO*. Ihre Kandidatur ist zum Teil ein Erbe von Grzegorz Schetyna, dem Parteiführer, der unlängst aus diesem Amt ausschied. Schetyna, der seine von politischen Kommentatoren häufig herausgestellten Schwächen wie fehlendes Charisma und niedrige gesellschaftliche Vertrauenswerte kennt, hatte sie vor den Sejmwahlen plötzlich als Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin vorgestellt. Nicht ohne Bedeutung war, dass ihre Führungsqualitäten nie betont wurden. In den Wahlen für den Parteivorsitz hat niemand je ihre Kandidatur in Betracht gezogen und niemand bemühte sich um ihre Unterstützung. Jetzt ist es allerdings zu spät für einen Kandidatenwechsel.

Die Situation in der *PO* hat sich unterdessen insofern geklärt, als die Angelegenheit der Parteiführung eindeutig entschieden wurde. Der Sieg von Borys Budka ist unstrittig und das eröffnet die Chance, die nach den Parlamentswahlen sichtbare Krise zu überwinden. Allerdings hat die *PO* einige strategische Probleme. Ihre inhaltliche Verfasstheit, die verschiedene ideologische Strömungen zusammenführt, sollte sie dazu bringen, deutliche ständige Schlagseiten zu vermeiden. Das Problem ist, dass die verschiedenen Flügel der *PO*, wenn sie sich an der öffentlichen Debatte beteiligen, immer wieder auseinanderzudriften drohen. Wie überall auf der Welt sollten Parteien, die sich im Zentrum veror-

ten und kein deutliches ideologisches Profil haben, ihre Stärke in Kompetenzen, allgemein akzeptierten Themen und organisatorischen Fähigkeiten suchen sowie darin, Konflikte zu lösen, anstatt sie anzuhetzen. Es scheint jedoch so zu sein, dass das Entfachen von Konflikten durch die *PiS* bei einem wesentlichen Teil der *PO*-Wähler und -Anhänger das Bedürfnis weckt, die Gegenposition zu jeglichen Ideen der Regierungspartei einzunehmen. Auch das trägt zu den Schwierigkeiten der *PO* bei, eine kohärente Botschaft zu vermitteln.

Das größte Problem der *PO* ist im Grunde ihr fehlendes Selbstvertrauen. Dazu tragen zahlreiche politische Beobachter bei, deren Skepsis gegenüber der *PO* wiederum die Skepsis der Wähler deutlich übersteigt. Dabei würden einerseits Menschen mit eher linken Einstellungen entweder gern einen Linksruck der *PO* sehen oder überhaupt ein Bündnis analog zur Europäischen Koalition von 2019. Allerdings erwuchs aus diesem Projekt auch das eindeutige Signal, dass für einen wesentlichen Teil der Wähler ein so breites Bündnis nicht zu schlucken ist, auch wenn viele andere davon träumen. Letztlich bestimmen nicht die Enthusiasten einer vereinigten Opposition über das Wahlergebnis, sondern eben diejenigen, die einem solchen Unterfangen skeptisch gegenüberstehen.

Mit Blick auf die aktuellen Umfragen ist eines sicher – für die *PO* ist nicht die Linke eine Gefahr in den kommenden Wahlen. So weckt auch die Kandidatur von Robert Biedroń, der im vergangenen Jahr bei seinen Wahlkampfauftritten in Polen enthusiastisch gefeiert wurde, heute nicht mehr solche Emotionen. Biedroń war vor zehn Jahren der erste bekennende homosexuelle Abgeordnete und gewann 2014 überraschend die Wahl des Stadtpräsidenten von Stolp (Słupsk), einer mittelgroßen, weit von Warschau entfernten Stadt. Gestützt auf diesen Erfolg, unternahm er Anfang 2019 den Versuch, eine neue linke Partei, Frühling, zu gründen. In den Europawahlen erhielt sie 6%, was unter den Erwartungen lag, andererseits gilt ein Mandat im Europäischen Parlament natürlich nicht als Niederlage. Frühling erwies sich als nicht geeignet, selbstständig zu existieren, und trat in eine breitere linke Koalition ein. Diese erkämpfte sich Sitze im Sejm, wo in der vorangegangenen Wahlperiode überhaupt keine Partei des linken Spektrums vertreten gewesen war. Das ist ein gewisser Erfolg, aber weit entfernt von den gemachten Versprechen. Der mäßige Erfolg animierte Biedroń nicht, die zuvor befürwortete Herausforderung einer Präsidentschaftskandidatur anzunehmen. Daher bedurfte es längerer Zeit, um ihn vom Antritt zu überzeugen, was seine Glaubwürdigkeit nicht gerade vergrößerte.

Auf dem Kampfplatz stehen noch zwei weitere Kandidaten. Der Parteichef der *PSL*, Władysław Kosiniak-Kamysz, der nicht die Probleme hat, die Małgorzata

Kidawa-Błońska, Robert Biedroń oder Krzysztof Bosak drücken. Er ist der Vorsitzende seiner Partei, der einen überraschenden Erfolg in den Parlamentswahlen erlangt hatte und seine Position festigen konnte. Er musste keine Verhandlungen über seinen Antritt führen, gab er seine Kandidatur doch als erster bekannt. Ein Problem ist allerdings, dass sein letzter Wahlerfolg doch recht bescheidenen Ausmaßes war. Es war ein einstelliges Ergebnis, das vielleicht das Zünglein an der Waage hätte werden können, wenn sich die Situation im Sejm anders gestaltet hätte. Bei den Präsidentenwahlen herrschen jedoch andere Regeln. Zuerst muss man in den zweiten Wahlgang kommen und dafür ist eine mindestens doppelt so hohe Unterstützung notwendig wie die, die Kosiniak-Kamysz zurzeit hat. Tatsächlich müsste sie wohl eher dreimal so hoch sein. Dafür wäre ein radikaler Stimmungswechsel notwendig, doch es weist wenig darauf hin, dass die polnischen Wähler dazu bereit sind.

Eine zusätzliche Erschwernis ist für Kosiniak-Kamysz der letzte Kandidat von Bedeutung, Szymon Hołownia. Er ist ein katholischer Journalist, der seine christliche Orientierung in der Publizistik, in Büchern und bei Lesungen zum Ausdruck bringt und mit seiner Funktion als TV-Moderator in einer Talent-Show (*Mam talent*) verknüpfte. Er versucht, den Weg zu wiederholen, den bereits einige Kandidaten, die nicht aus der Politik kamen, beschritten haben. In Polen ist es bisher noch nicht zu solchen Erfolgen gekommen wie zum Beispiel in der Slowakei, wo ein unabhängiger Kandidat in den Präsidentenwahlen den amtierenden Ministerpräsidenten hinter sich ließ. Trotzdem ist dieses Projekt schon ausgebrannt und nun ist es nicht so einfach, sich aus ihm zurückzuziehen bzw. es weiterzuentwickeln. Nicht alle waren von einer solchen Kandidatur begeistert. Hołownia fehlt die Erfahrung für harte Debatten und die Nuancen der Politik, was einen Teil der unabhängigen Aktivisten und erfahrenen Wähler entmutigen könnte, die die Basis seines Erfolges sein könnten. Es bleibt abzuwarten, welche Chancen er in Fernsehdebatten hat.

Es steht zu vermuten, dass Andrzej Duda an solchen Debatten vor dem ersten Wahlgang nicht teilnehmen wird, was den übrigen Kandidaten mehr Möglichkeiten gibt, ein Profil zu entwickeln. Wenn theoretisch einer der beiden übrigen Kandidaten, die auf die gemäßigte Wählerschaft zielen, also Kosiniak-Kamysz und Hołownia, sich zurückziehen würde, wäre die Unterstützung für Kidawa-Błońska schon größer. Allerdings ist der Unterschied zu Duda immer noch deutlich. Kidawa-Błońska ist die wahrscheinlichste Gegnerin von Andrzej Duda, doch können hier auch Überraschungen eintreten. Aktuell ist es schwer zu beurteilen, denn bei den Wahlen treten zu viele sympathische Menschen an, als dass der Sympathiefaktor von

größerem Gewicht sei. Das hat zur Folge, dass das Schicksal der vier wichtigsten Kandidaten – Kidawa-Błońska, Biedroń, Kosiniak-Kamysz und Hołownia – von organisatorischen Fragen abhängen könnte, und dann wäre Kidawa-Błońska unstrittige Favoritin. Doch ebenso wenig wie Duda ist sie Vorsitzende ihrer Partei. Die Situation erinnert vielleicht an Österreich 2016, als die Kandidaten der beiden dominierenden und in der Politik den Ton angehenden Parteien es nicht in den zweiten Wahlgang schafften. In diesen kamen die Vertreter zwei kleinerer Gruppierungen. So oder so ist zu erwarten, dass sich die Wahlergebnisse einander sehr angleichen werden, deutlich mehr, als es die aktuellen Umfragen zeigen.

Wenn sich die Präsidentenwahlen im Sinne der regierenden Partei entscheiden, wird sich grundsätzlich nicht mehr viel ändern. Die Situation ist dann für sie insofern sicher, als die Amtsperiode des Präsidenten noch bis Mitte der kommenden Wahlperiode des Parlaments dauern wird. Sogar wenn die *PiS* nach der bevorstehenden langen Phase ohne Wahlen in den Parlamentswahlen 2023 verlieren würde, könnte sie viele ihrer Interessen durch das Vetorecht des Präsidenten weiterverfolgen. So gesehen, kann die *PiS* aktuell und auf kurze Sicht nicht viel gewinnen, aber umso mehr verlieren. Wenn die Präsidentenwahlen anders ausgehen würden und ein Kandidat oder die Kandidatin der Opposition Andrzej Duda hinter sich ließe, würde dadurch zwar nicht auch noch der Ministerpräsident der *PiS* ausgewechselt (wenn sich auch regierungsinterne Spannungen nicht ausschließen lassen). Es würde aber zu einer massiven Anfechtung der Legitimation und der rechtlichen Möglichkeiten kommen, weitere Reformen zu realisieren. Dies könnte zur Umsetzung dessen führen, was der Ministerpräsident selbst in seinem Exposé ankündigte, in dem er den Begriff »Normalität« in allen Variationen durchdeklinierte. Gegenwärtig ist von dieser Normalität nicht viel geblieben, auch wenn sich die politische Energie vor allem auf die Justizreformen konzentriert.

Die Lage in den bevorstehenden Präsidentenwahlen ist nicht symmetrisch. Die *PiS* zählt darauf, dass dieser Wahlepilog nur der Abschluss der Erzählung über ihren großen Erfolg im Jahr 2019 sein wird. Für die Opposition wäre ein möglicher Sieg keinesfalls nur ein Trostpreis angesichts der kommenden Jahre auf den Oppositionsbänken im Sejm. Er wäre in dieser Politserie die wesentliche Wendung der Handlung im letzten Teil der zu Ende gehenden Staffel. Die Serie selbst jedoch endet keineswegs, wenn auch die in ihr spielenden Akteure zu überzeugen versuchen, dass jedes neue Gefecht immer ein Kampf um alles ist.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Informationen über den Autor finden Sie auf der nächsten Seite.

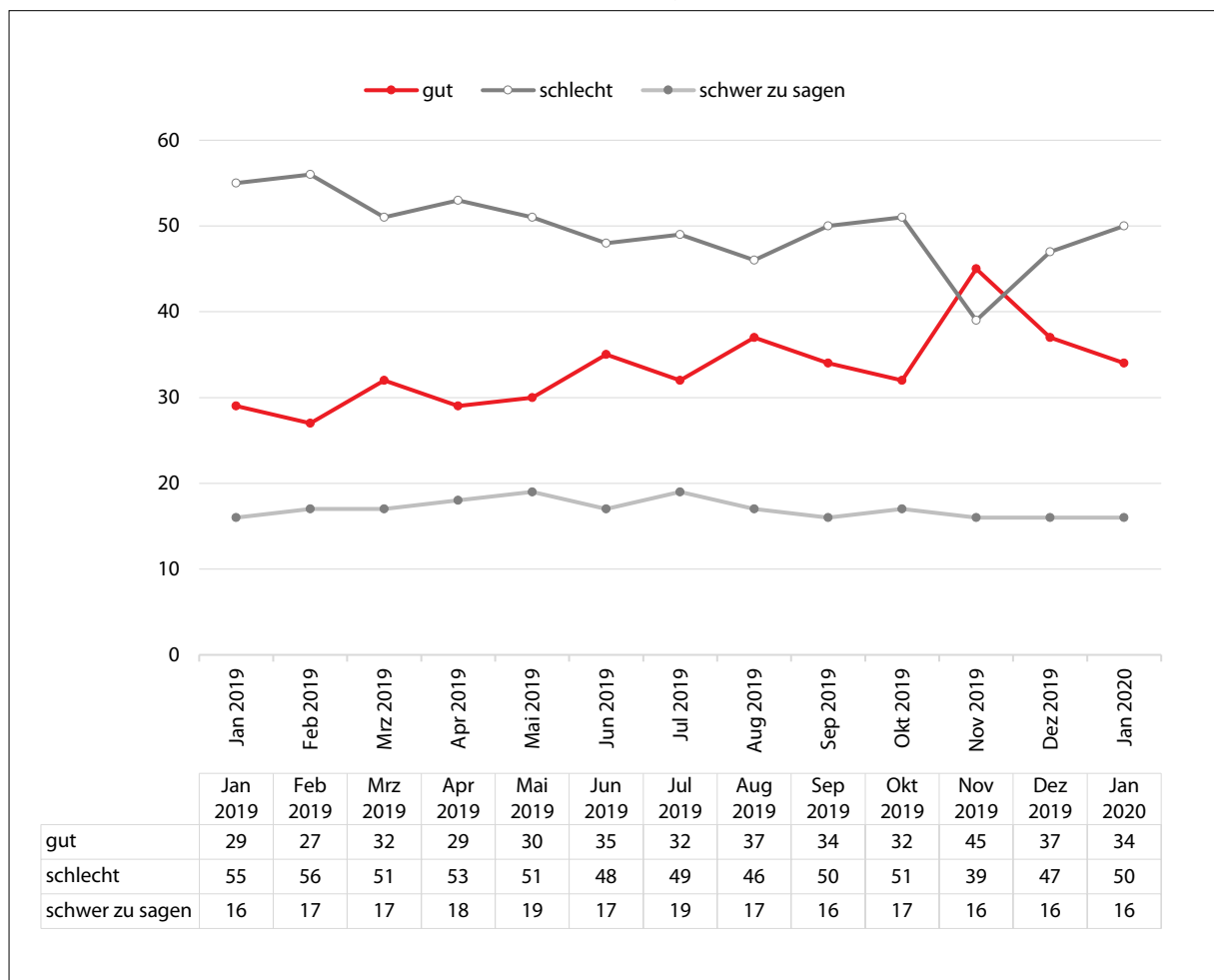
Über den Autor

Dr. hab. Jarosław Flis ist Soziologe und Professor am Institut für Journalistik, Medien und gesellschaftliche Kommunikation der Jagiellonen-Universität in Krakau (Instytut Dziennikarstwa, Mediów i Komunikacji Społecznej, Uniwersytet Jagielloński, Kraków). Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Kommunikation, Wählerverhalten und Institutionen der Selbstverwaltung. Er verfasst regelmäßig Kommentare für Fernsehen und Printmedien.

UMFRAGE

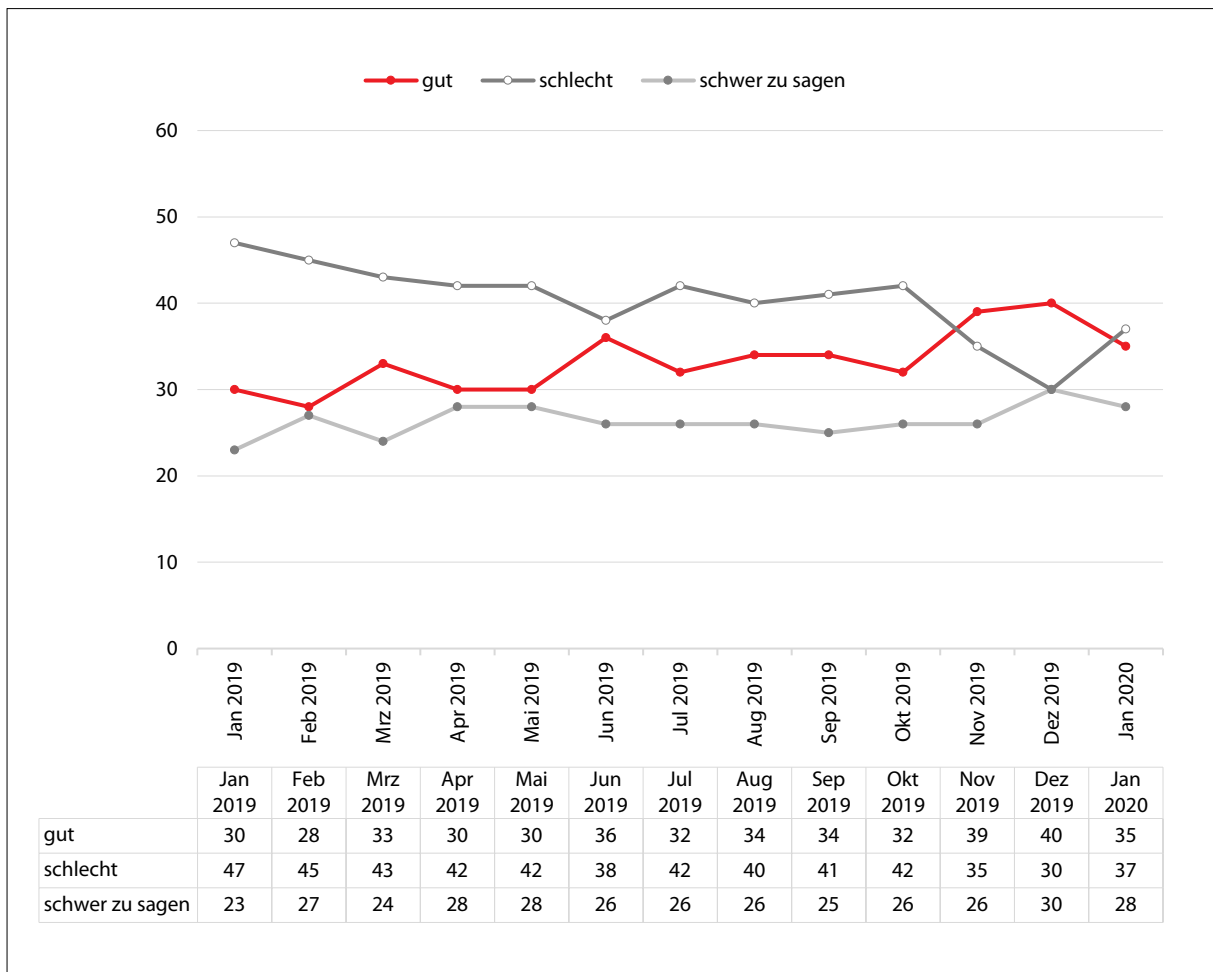
Einstellungen zu Parlament, Regierung, Parteien und Präsident

Grafik 1: Wie bewerten Sie die Tätigkeit des Parlaments? – Sejm (%)



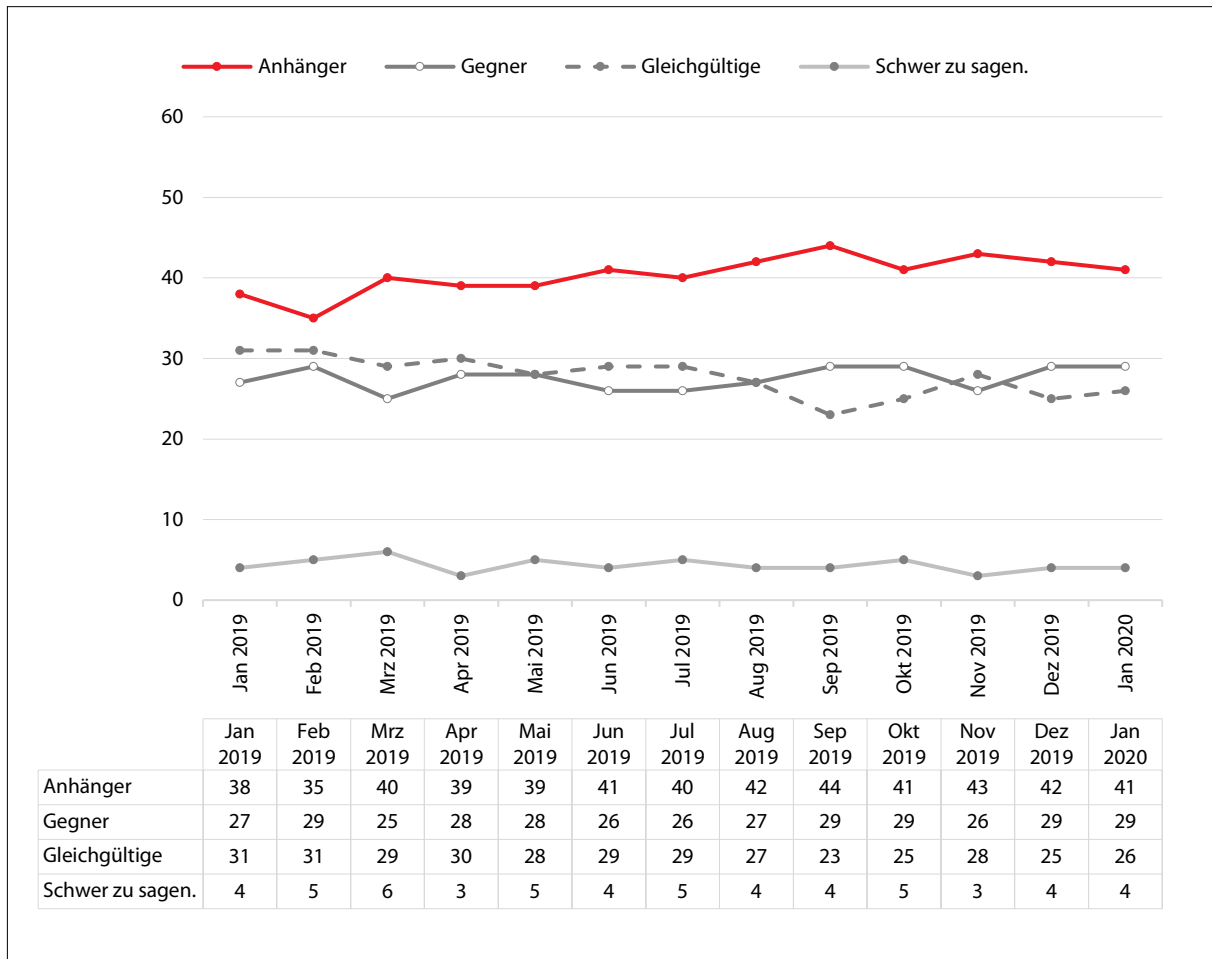
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 09/2020: Oceny działalności parlamentu, prezydenta i władz lokalnych [Die Bewertung der Tätigkeit des Parlaments, des Präsidenten und der lokalen Selbstverwaltung]. Warszawa 01/2020. www.cbos.pl

Grafik 2: Wie bewerten Sie die Tätigkeit des Parlaments? – Senat (%)



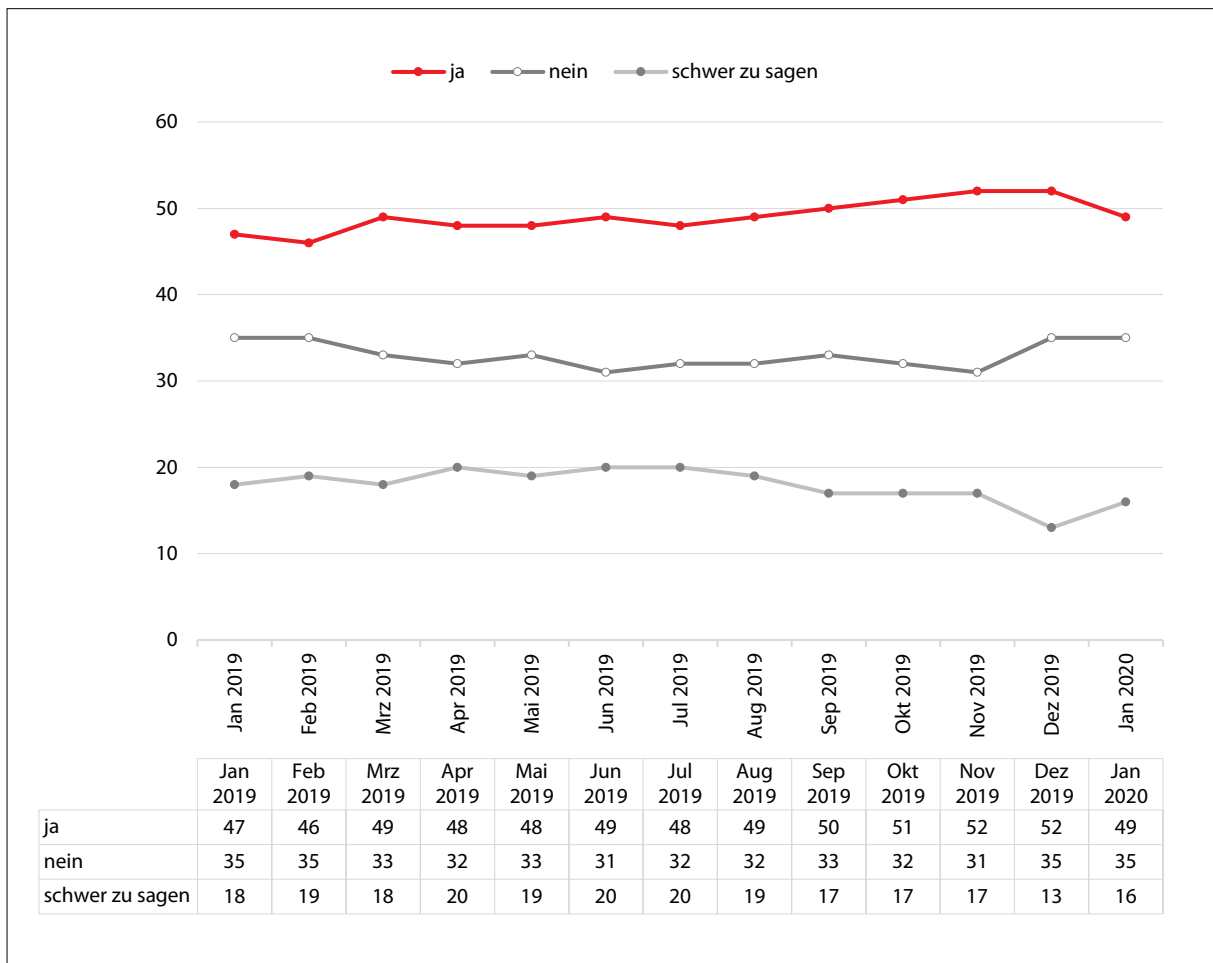
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 09/2020: Oceny działalności parlamentu, prezydenta i władz lokalnych [Die Bewertung der Tätigkeit des Parlaments, des Präsidenten und der lokalen Selbstverwaltung]. Warszawa 01/2020. www.cbos.pl

Grafik 3: Die Einstellung zur Regierung (%)



Bis November 2019 erste Regierung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, anschließend zweite Regierung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki.
 Regierungskoalition von: PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; Solidarna Polska – Solidarisches Polen; Porozumienie – Verständigung
 Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 11/2020: Stosunek do rządu w styczniu [Die Einstellung zur Regierung im Januar]. Warszawa 01/2020. www.cbos.pl

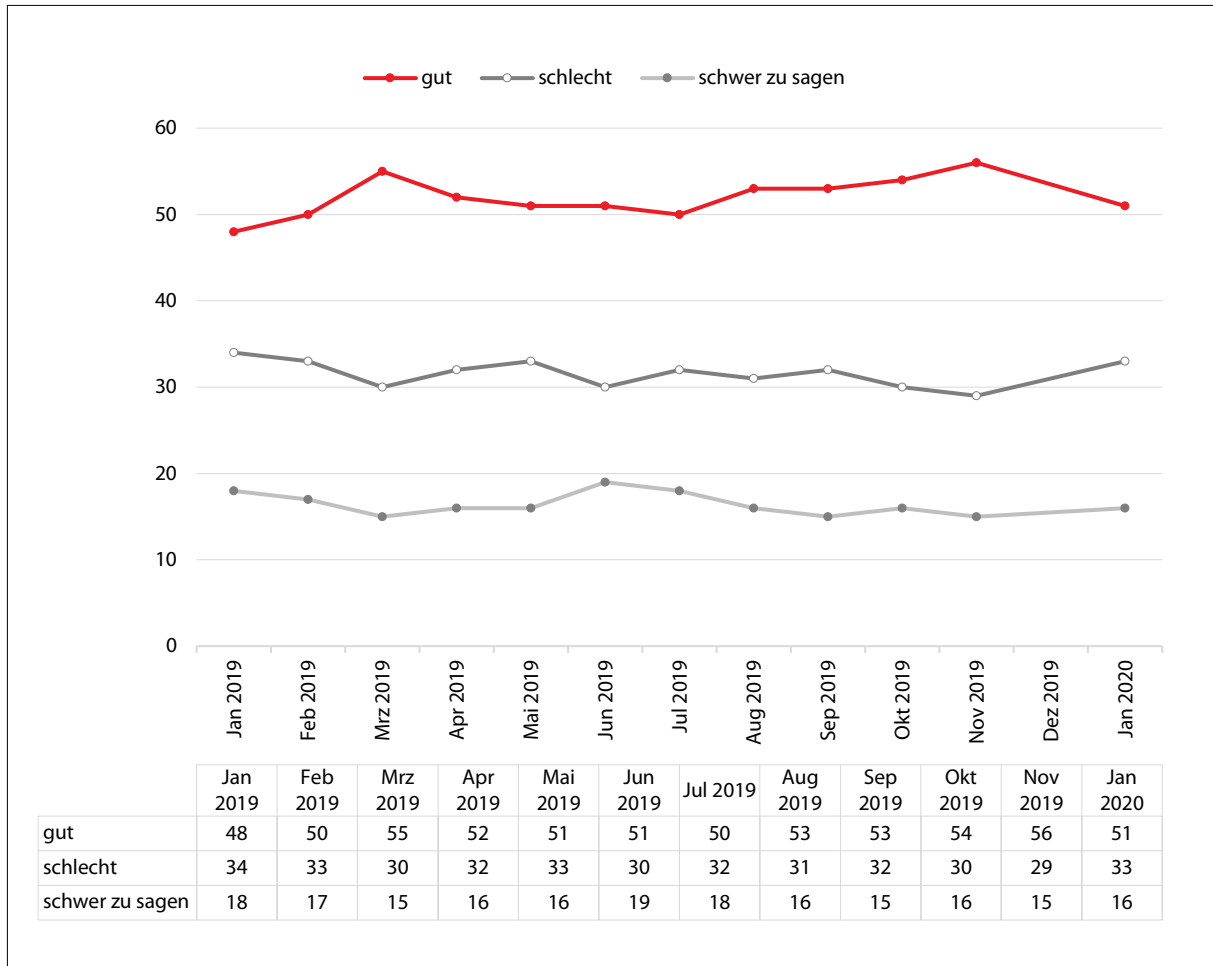
Grafik 4: Sind Sie zufrieden, dass Mateusz Morawiecki Ministerpräsident ist? (%)



Bis November 2019 erste Regierung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, anschließend zweite Regierung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki.

Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 11/2020: Stosunek do rządu w styczniu [Die Einstellung zur Regierung im Januar]. Warszawa 01/2020. www.cbos.pl

Grafik 5: Wie würden Sie die Ergebnisse der Regierungstätigkeit unter Ministerpräsident Mateusz Morawiecki beurteilen? (%)



Bis November 2019 erste Regierung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, anschließend zweite Regierung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki.
 Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 11/2020: Stosunek do rządu w styczniu [Die Einstellung zur Regierung im Januar]. Warszawa 01/2020. www.cbos.pl

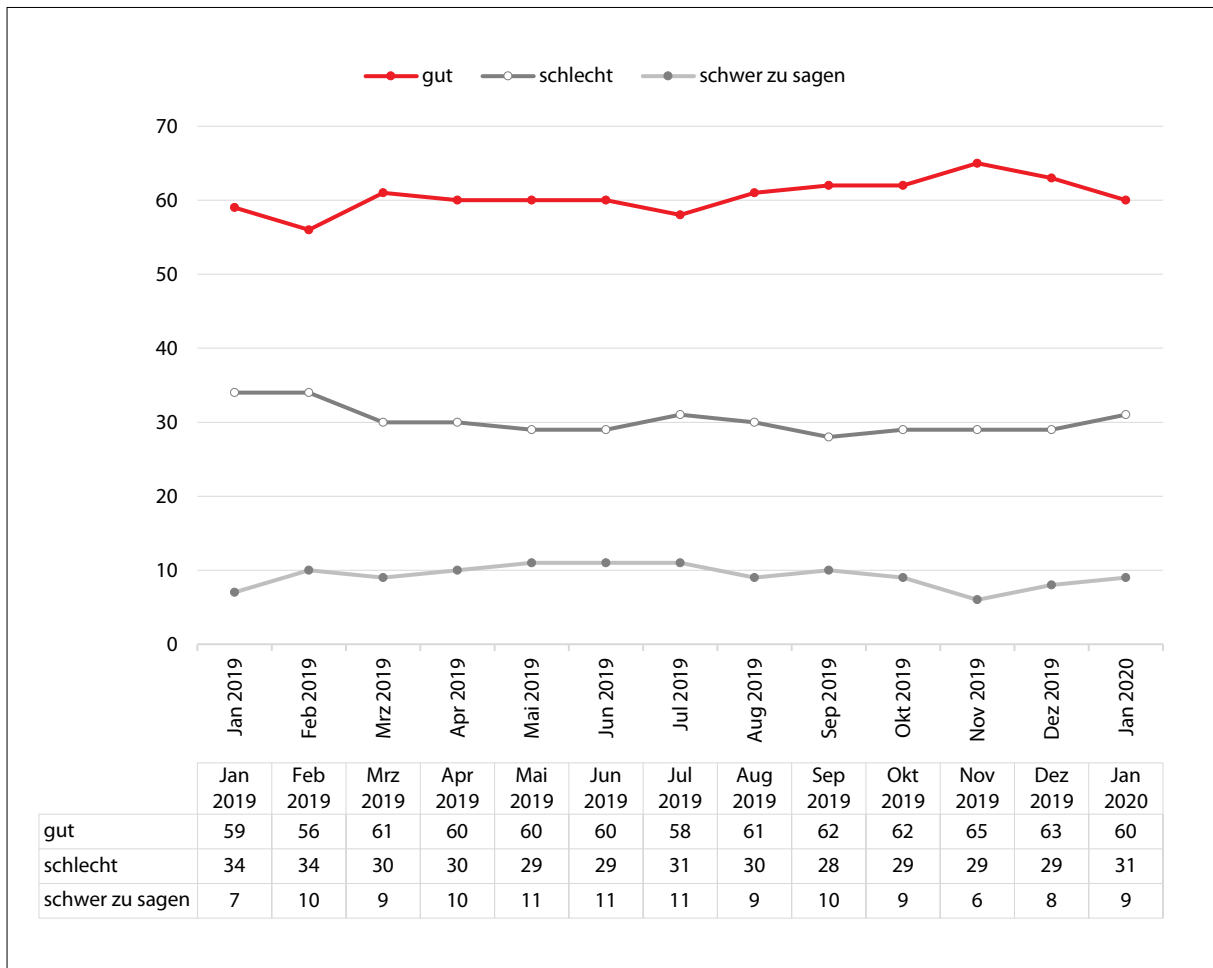
Tabelle 1: Wen würden Sie wählen, wenn Parlamentswahlen wären? (%)

Wahlkomitee	Wen würden Sie bei den Parlamentswahlen am 13.10.2019 wählen?					Wen würden Sie wählen, wenn Parlamentswahlen wären?			
	22.-29.08. 2019	12.-19.09. 2019	3.-10.10. 2019	Ergebnisse der Parlamentswahl vom 13.10.2019*	7.-17.11. 2019	28.11.-5.12. 2019	Partei/Gruppierung	9.-16.01. 2020	
PIS (PIS, Solidarna Polska, Porozumienie)	47	46	46	43,59	46	45	PIS (mit Solidarna Polska und Porozumienie)	44	
Koalycja Obywatelska (PO, Nowoczesna, Inicjatywa Polska, Zieloni)	19	23	19	27,40	20	22	Koalycja Obywatelska (PO, Nowoczesna, Inicjatywa Polska, Zieloni)	23	
SLD – »Lewica« (SLD, Wiosna, Lewica Razem)	9	5	9	12,56	12	11	Nowa Lewica (SLD, Wiosna) Lewica Razem	7 3	
PSL – »Koalycja Polska« (PSL, Kukiz '15)	6	8	8	8,55	9	6	PSL – »Koalycja Polska« (PSL, Kukiz '15, UED)	7	
Konfederacja Wolność i Niepodległość (KORWIN, Ruch Narodowy, Braun)	2	3	6	6,81	6	6	Konfederacja Wolność i Niepodległość (KORWIN, Ruch Narodowy, Braun)	5	
ein anderes Wahlkomitee	1	1	0	1,09	<1	1	ein andere Partei/Gruppierung	<1	
schwer zu sagen	13	14	11		6	8	schwer zu sagen	10	
keine Angabe	1	0	1		1	1	keine Angabe	1	

*gültige Stimmen

PIS/Pravo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; Solidarna Polska – Solidarisches Polen; Porozumienie – Verständigung; Koalycja Obywatelska – Bürgerkoalition; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne; Inicjatywa Polska – Initiative Polen; Zieloni – Die Grünen; SLD, »Lewica«/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksalianz; »Die Linke«; Wiosna – Frühling; Lewica Razem – Die Linke Gemeinsam; Nowa Lewica – Die neue Linke; PSL, »Koalycja Polska«/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei, Polnische Koalition; UED/Unia Europejskich Demokratów – Union der Europäischen Demokraten; Konfederacja Wolność i Niepodległość – Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit; KORWIN/Koalycja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung; Ruch Narodowy – Nationale Bewegung
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 08/2020: Preferencje partyjne w styczniu [Parteipräferenzen im Januar], Warszawa 01/2020, www.cbos.pl

Grafik 6: Wie bewerten Sie die Tätigkeit des Präsidenten Andrzej Duda? (%)



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 09/2020: Oceny działalności parlamentu, prezydenta i władz lokalnych [Die Bewertung der Tätigkeit des Parlaments, des Präsidenten und der lokalen Selbstverwaltung]. Warszawa 01/2020. www.cbos.pl

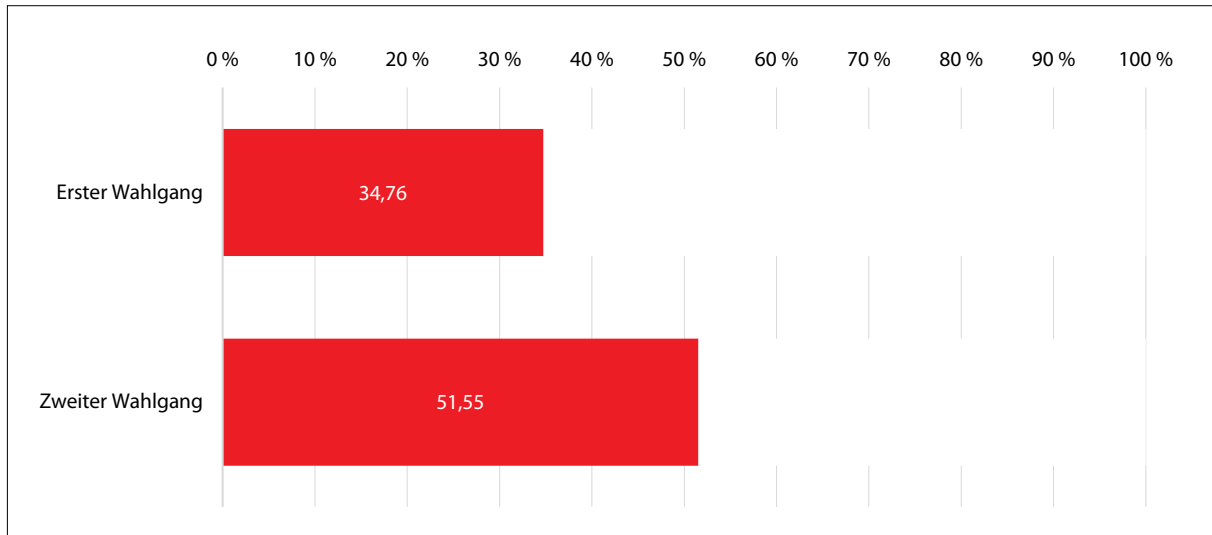
Tabelle 2: Umfragen zur Unterstützung der Kandidaten für die Präsidentenwahlen im Mai 2020 (%)

Name des Meinungsforschungsinstituts	Umfrage am... 2020	Veröffentlichung der Umfrage am... 2020	Robert Biedroń (Wiosna)	Małgorzata Kidawa-Błońska (PO)	Władysław Kosiniak-Kamysz (PSL)	Szymon Hołownia (parteilos)	Andrzej Duda (amtierender Präsident)	Krzysztof Bosak (Konfederacja Wolność i Niepodległość)
Social Changes	07.-11.02.	15.02.	9	24	7	9	46	5
IBRIS	07.-08.02.	10.02.	6,9	29,2	4,0	8,1	43,7	3,8
Kantar/CATI	29.-30.01.	30.01.	8	24	4	9	44	3
Maison & Partners	24.-28.01.	30.01.	9,0	22,3	6,3	10,9	38,3	3,2
Estymator	23.-24.01.	26.01.	8,9	24,1	9,3	5,6	47,1	4,6
Social Changes	17.-21.01.	27.01.	8	24	9	11	44	4
IBSP	14.-16.01.	20.01.	7,26	26,61	7,77	9,56	43,73	5,97
Pollster	14.-16.01.	16.01.	9,09	23,11	7,86	9,86	44,96	5,12
Kantar/CAPI	09.-15.01.	22.01.	7	20	4	6	38	1
Social Changes	10.-14.01.	17.01.	9	22	8	13	45	3
IBRIS	10.-11.01.	14.01.	6,6	23,3	7,0	5,7	44,0	5,1
Estymator	09.-10.01.	12.01.	8,8	22,7	9,0	6,9	47,7	4,3

Wiosna – Frühling; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; PSL/Polские Sronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Konfederacja Wolności i Niepodległość – Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit
 Quelle: ewybory.eu/polska <http://ewybory.eu/wybory-prezydenckie-2020/sondaze-prezydenckie/> (abgerufen am 14.02.2020); <https://wiadomosci.dziennik.pl/polityka/artykuly/6441629/sondaz-duda-prezydent-polityka-wybory-prezydenckie.html> (abgerufen am 15.02.2020).

Wahlergebnis für Präsident Andrzej Duda, 2015

Grafik 1: Wahlergebnis für Präsident Andrzej Duda, 2015 (Stimmenanteil in %)



Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission], <https://prezydent2015.pkw.gov.pl/index.html> (abgerufen am 14.02.2020).

4. – 17. Februar 2020

04.02.2020	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet das umstrittene Gesetzespaket zur Gerichtsreform. Regierungssprecher Piotr Müller wertet dies als Stabilisierung des Systems und des Justizwesens. Das Reformpaket, zu dem auch ein Gesetz über Disziplinarmaßnahmen gegenüber Richtern gehört, hat in der Opposition, in juristischen Fachkreisen sowie auf EU-Ebene große Kontroversen ausgelöst.
05.02.2020	Auf einer Pressekonferenz äußert sich Senatsmarschall Tomasz Grodzki (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) zum Gesetzespaket zur Gerichtsreform, das Präsident Andrzej Duda am Vortag unterzeichnet hat. Die demokratische Mehrheit der Senatoren sei zutiefst beunruhigt über diesen weiteren Schritt der Demontage der polnischen Justiz. Das Inkrafttreten der Novellen habe insofern Konsequenzen für alle Bürger, als Gerichtsprozesse von anderen Gremien und Organen im In- und Ausland in Frage gestellt werden können. Dass die von der polnischen Regierung eingeschlagene Richtung Polen in eine autoritäre Diktatur führe, werde ernste Folgen für Europa haben.
06.02.2020	Die Ministerin für Entwicklung, Jadwiga Emilewicz (Polen), Peter Altmaier, Minister für Wirtschaft und Energie (Deutschland), Bruno Le Maire, Minister für Wirtschaft und Finanzen (Frankreich), und Stefano Patuanelli, Minister für wirtschaftliche Entwicklung (Italien), richten einen gemeinsamen Brief an EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager, in dem sie Forderungen und Vorschläge für die Reform des EU-Wettbewerbsrechts vorstellen, mit dem Ziel, europäische Unternehmen und den EU-Binnenmarkt gegen Drittstaaten global konkurrenzfähig zu halten.
08.02.2020	In Warschau findet vor dem Sitz des Verfassungstribunals eine Demonstration unter dem Motto »Verteidigen wir unsere Souveränität!« zur Unterstützung der Justizreform statt. Veranstalter sind die Klubs der national-konservativen Wochenzeitung »Gazeta Polska«. Auf der Kundgebung sprechen auch Oppositionelle aus der Zeit der Volksrepublik Polen.

08.02.2020	In Warschau wählt der Landesrat der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) den neuen Parteivorstand um Parteichef Borys Budka. Stellvertretende Vorsitzende sind Bartosz Arłukowicz, Ewa Kopacz, Tomasz Siemoniak und Rafał Trzaskowski, Generalsekretär ist Marcin Kierwiński.
11.02.2020	Nach vorläufigen Schätzungen des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) wurden im Jahr 2019 Waren im Wert von 1.013,7 Mrd. Złoty (zu laufenden Preisen) aus Polen exportiert. Der Import betrug 1.005,8 Mrd. Złoty (zu laufenden Preisen). Im Vergleich zu 2018 stieg der Export um 6,6% und der Import um 3,6%.
12.02.2020	Das Kreisgericht Kattowitz (Katowice) entscheidet, das Verfahren im Falle der symbolischen Galgen wieder aufzunehmen. Über seine Einstellung hat die Kreisstaatsanwaltschaft Kattowitz im November 2019 informiert. Im November 2017 hatten Akteure aus dem rechtsnationalen Milieu in Kattowitz Fotos von polnischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments öffentlich an symbolischen Galgen aufgehängt. Die Parlamentarier hatten eine Resolution des Europäischen Parlaments unterstützt, in der Polen zur Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit aufgerufen worden war.
13.02.2020	Der Sejm spricht Mariusz Kamiński, Innenminister und Koordinator für die Sonderdienste, mit 233 Stimmen bei 216 Gegenstimmen und einer Enthaltung das Vertrauen aus. Das Misstrauensvotum wurde von allen Oppositionsparteien unterstützt. Kamiński wird vorgeworfen, dass die Sonderdienste operativ versagen und politisch zugunsten der Regierungspolitik instrumentalisiert werden.
14.02.2020	Die Sejmkanzlei veröffentlicht auf der Webseite des Sejm die Namen der Richter, die Kandidaten für den Landesjustizrat (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS) vorgeschlagen hatten, sowie deren Begründungen. Der KRS war infolge der Justizreformen am 6. März 2018 neu gewählt worden. Oppositionspolitiker und gesellschaftliche Organisationen hatten die Bekanntmachung jener Namen gefordert und das Woiwodschaftsverwaltungsgericht in Warschau hatte in seinem Urteil vom 24. Januar die datenschutzrechtlichen Einwände der Sejmkanzlei ausgeräumt. Der Hintergrund für die geforderte Veröffentlichung ist, dass Zweifel bestanden, ob alle Kandidaten die erforderliche Stimmenanzahl für ihre Kandidatur erhalten hatten. Die juristische Vereinigung »Iustitia« sieht den Zweifel nun in einigen Fällen bestätigt.
16.02.2020	Außenminister Jacek Czaputowicz nimmt an der 56. Münchener Sicherheitskonferenz teil. Auf einer Podiumsdiskussion unterstreicht er, dass sich die ostmitteleuropäische Wahrnehmung von Gefahren von der Einschätzung mancher westeuropäischer Länder unterscheidet. Für Polen und die baltischen Staaten komme die Gefahr aus Russland, das die militärische Durchsetzung seiner Interessen bereits in Georgien und der Ukraine gezeigt habe. Auch stimme Polen nicht zu, wenn manche EU-Staaten Russland, China und die USA gleichsetzen würden. Die USA seien eine reife Demokratie und Europa teile mit ihnen die gleichen Werte, auch wenn nicht alle Handlungen der USA bei allen EU-Mitgliedern auf Zustimmung stießen. Auf längere Sicht könne die europäische Sicherheit ohne die Zusammenarbeit mit den USA nicht bestehen.
17.02.2020	Der Stromkonzern PGE Nowa Energia teilt mit, dass er zusammen mit autorisierten Händlern und Servicepartnern von VW in den kommenden zwei Jahren bis zu 300 Ladestationen für E-Autos in Polen bauen wird. Die Stationen sollen bei Autohäusern der VW Gruppe installiert werden und allgemein zugänglich sein.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

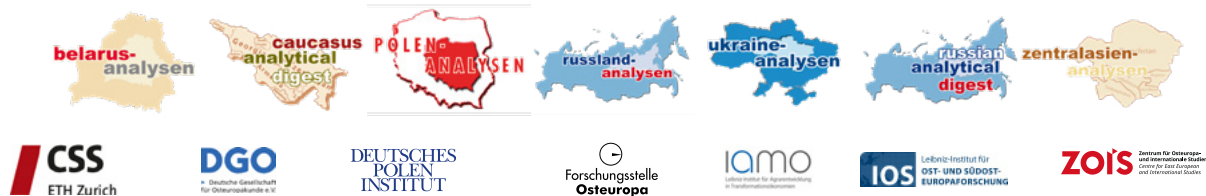
Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.